

Prenumerations-Preise

Für Laibach:

Ganzjährig	8 fl. 40 kr.
Halbjährig	4 " 20 "
Vierteljährig	2 " 10 "
Monatlich	— " 70 "

Mit der Post:

Ganzjährig	12 fl.
Halbjährig	6 "
Vierteljährig	3 "

Für Zustellung ins Haus
viertelj. 25 kr., monatl. 9 kr.

Einzelne Nummern 6 kr.

Laibacher

Tagblatt.

Redaction

Bahnhofgasse Nr. 132.

Expedition: & Inseraten-
Bureau:

Congressplatz Nr. 81 (Buch-
handlung von Jg. v. Klein-
mayer & Fed. Bamberg.)

Inserationspreise:

Für die einspaltige Zeile
à 4 kr., bei wiederholter In-
sertung à 3 kr.
Anzeigen bis 5 Zeilen 20 kr.

Bei größeren Inseraten und
öfterer Einschaltung entspre-
chender Rabatt.
Für complicirten Satz beson-
dere Vergütung.

Anonyme Mittheilungen werden nicht berücksichtigt; Manuscripte nicht zurückgesendet.

Nr. 215.

Dinstag, 21. September 1875. — Morgen: Mauritius.

8. Jahrgang.

Die Ungarn und die Civilehe.

Im Verlaufe der ungarischen Adressdebatte im Unterhause wurde bereits von Regierungsmännern jene Stelle der Thronrede klargestellt, welche die Regelung des Eherechts in Aussicht stellte. Die gegebene Aufklärung über die Absichten des „demokratischen“ Ministeriums Tisza läßt an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig und es ist ferner keinerlei Zweifel gestattet über das Maß freiheitlicher Reformen, welches die sich mit Vorliebe die „liberale Partei“ nennenden und heute ausschließlich maßgebenden ungarischen Politiker anstreben. Der Abgeordnete Paul Moricz, der Bursenfreund Koloman Tisza's, der bereits als Nachfolger des portefeuille-mündigen Justizministers Bela Perczel bezeichnet wird, der also gewiß seine Aufschlüsse aus authentischer Quelle beziehen konnte, erläuterte die bezügliche Stelle der Thronrede dahin, daß die Regierung des Herrn Tisza die obligatorische Civilehe schon deshalb nicht einführen könne, weil diese Einrichtung gegen die sacramentale Natur der Ehe in der katholischen Kirche verstoße. Warum sie aber in Frankreich, Belgien, der Schweiz, Deutschland, Italien u. s. w. trotzdem und mit Gutheißung der römischen Curie eingeführt worden, also dort nicht gegen ein Sacrament der katholischen Kirche verstoße, ließ der Volksvertreter Moricz sonderbarerweise ganz unerwähnt. Statt dessen begnügte sich Moricz die lahmten Gründe wieder aufzuzählen, welche die Regierung

wie die liberale Partei bestimmen sollen, die monströse Nothcivilehe nach österreichischem Muster auch in Ungarn einzuführen.

Ein ungarisches Blatt, das fortschrittlichen Bestrebungen huldigt, nimmt dies zum Anlaß einer interessanten Erinnerung; es führt nemlich die Hauptstellen jener Aufsehen erregenden Rede an, welche Franz Deak am 28. Juni 1872 über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, sowie über die Civilehe im besonderen gehalten hat und reiht diesen Äußerungen die des Herrn Moricz an. Diese Zusammenstellung ist von so schlagender Wirkung, daß wir eingedenk des Satzes, Contraria juxta posita magis elucescunt, nicht umhin können, hier einige Proben folgen zu lassen. Man gewinnt daran einen Maßstab für den Liberalismus des heutzutage in Ungarn allmächtigen Koloman Tisza und seiner Helfershelfer.

Franz Deak sagte damals unter dem stürmischen Beifall des Hauses: „Vor uns liegt die Frage der Civilehe, und ich glaube die Zeit nicht mehr ferne, in der auch der bezügliche Gesetzentwurf dem Hause unterbreitet werden wird. Die Civilehe ist nach meiner Auffassung absolut keine religiöse, sondern eine reine Civilfrage. Unter den beiden Methoden, die bisher befolgt werden, ist eine facultativ, die andere obligatorisch. Ich kann nichts dafür, aber für mich beruht die facultative Civilehe auf keiner logischen Grundlage; ich halte sie für unrichtig und selbst mit Rücksicht auf das Kirchengesetz verletzender

als die obligatorische. Einfacher gesprochen, wenn wir die facultative Civilehe einführen, so hieße das soviel, daß der Staat zu seinen Unterthanen sagt: Meine Kinder, wenn ihr heiraten wollt, dann geht zu euren Geistlichen, sie sollen euch trauen; thun sie das nicht, dann kommt zu mir und ich werde das vollziehen. Die obligatorische Civilehe ist wesentlich anders. Dort sagt der Staat, daß die Verheirathung nicht bloß eine kirchliche Ceremonie sei, sondern ein bürgerlicher Vertrag der allerwichtigsten Art, welcher dem Geburtsrecht, der Erbfolge u. s. w. zur Grundlage dient; ich als Staat wünsche also, daß dieser bürgerliche Vertrag von mir geschlossen werde; den kirchlichen Theil mögen dann die Geistlichen besorgen. Darin liegt nichts Verlegendes, Ungereimtes oder Unrichtiges.“ (Schluß folgt.)

Politische Rundschau.

Laibach, 21. September.

Inland. Das Wort, welches Fürst Lobkowitz im klerikalen Conventikel zu Böhmisch-Trübau in die Versammlung schleuderte: man möge bei allen Gemeindef-, Bezirks- und Landeswahlen künftighin nur „gut katholische Männer“ wählen, wird von der altczechischen Agitation als Schlagwort für die bevorstehenden Reichsrathswahlen ausgegeben. In diesem Sinne bearbeiteten Pfarrer und Kaplan die Wählerschaft in den Pfarren; sie warnen vor den jungczechischen Candidaten, und der feudal-klerikale Bund ist noch immer stark genug, die Gegenbestre-

Festilleteon.

Die 48. Versammlung deutscher Naturforscher und Aerzte in Graz.

(Originalbericht des „Laib. Tagbl.“)

Der Empfang.

Als am 18. September 1822 zu Leipzig eine Anzahl deutscher Naturforscher und Aerzte, um in gegenseitigen Meinungsaustausch zu treten, eine „Gesellschaft deutscher Naturforscher und Aerzte bildeten“, wählten sie wol nicht an die Bedeutung derjenigen Versammlung, zu welcher sie in beschreibender Weise den Grundstein legten. Schon einmal hatte Graz, die liebliche Hauptstadt der Steiermark, Gelegenheit, die Naturforscher und Aerzte aus allen Landen, wo die deutsche Zunge klingt, zu beherbergen; es war nemlich im September 1843, aber ein solcher herzlicher, echt deutscher Empfang, wie er diesmal den Gästen in der lieblichen Murstadt bereitet wurde, hatten sie wol lange nicht zutheil geworden sein. Schon am Freitag Vormittag that die Stadt ihr Haupt an; die Annasstraße, — die Pulsader der Hauptstadt — der Murplatz, die Murgasse, der Hauptplatz, die Sporgasse, wie überhaupt alle be-

lebteren Gassen und Plätze, die zum und vom Bahnhofe führen, prangten im Flaggenschmuck. Da weheten namentlich schwarz-weiß-rothe, schwarz-roth-goldene, grün-weiße und roth-weiße Flaggen und Fähnlein, um den Gästen die innige Theilnahme und das tiefe Interesse zu zeigen, das die grazer Bevölkerung ihren Verhandlungen entgegen bringt; auch alle öffentlichen Gebäude und Anstalten hielten die schwarz-gelbe Fahne auf. Freitag abends, an welchem Tage sich die meisten Gäste eingefunden hatten, war Empfang, jedoch ohne weiteres Ceremoniell, in den prachtvollen Localitäten der hiesigen Ressource. Hier kamen sie wieder zusammen, die Freunde, Gesinnungs- und Fachgenossen, die das Schicksal in alle Weltgegenden zerstreut hatte; hier wurden die ersten Begrüßungsworte gewechselt, während der offizielle Empfang, die eigentliche Eröffnung der Versammlung erst am Samstag den 18. September stattfand.

Die erste allg. Sitzung begann um 10¹/₄ Uhr in den Localitäten des hiesigen Stadttheaters. Wol an 2000 Personen hatten sich eingefunden. Die Bühne war in recht praktischer Weise zu einer Rednerbühne (Podium) umgestaltet, auf welcher die Geschäftsführer, Schriftführer und Berichterstatter Platz nahmen. Das Parterre war von den Mitgliedern gefüllt, während die Logen von den Damen,

von welchen sich eine erkleckliche Anzahl eingefunden hatte, die Galerien aber von den sonstigen Theilnehmern eingenommen wurden.

Bald nach 10 Uhr bestieg Dr. Rollet, Professor der Physiologie an der hiesigen Universität, die Rednerbühne und eröffnete mit einer ganz ausgezeichneten, inhaltsvollen Rede die Versammlung. Zum Gegenstande seiner Rede wählte sich Professor Rollet den „Entwicklungsgang des geistigen Lebens der Steiermark.“ Als im 16. Jahrhundert von Wittenberg aus der Weckruf deutschen Geistes von römischer Knechtschaft in alle Gauen Deutschlands nicht ohne Nachhall erscholl, da war es auch die Steiermark und namentlich der steierische Adel, der seinen Söhnen die neue Lehre nicht verschloß. Die unmittelbare Folge hievon war die Gründung der hiesigen sogenannten Stiftsschule, eine Art Hochschule, deren Ruhm weit über die Grenzen Steiermarks drang und die in steter Verührung blieb mit den deutschen Universitäten. An dieser Schule wirkte auch der Begründer der neuern Astronomie, Johannes Kepler. Es ist selbstverständlich, daß der freie Geist, der von den Lehrern dieser Schule ausging, den Jesuiten ein Dorn im Auge war. Schon zwei Jahre vor der Eröffnung der Stiftsschule hatten sie ein theologisches Collegium in Graz besetzt und ebenso ein Gymnasium und seit 1586 auch eine

bungen Stadtwosty's und seines Anhangs abzuschwächen, so daß es kaum wahrscheinlich ist, daß die Jungcechen in ihren Bestrebungen besondere Erfolge erringen werden. Namentlich auf dem Lande besitzt der Klerus noch ungebrochenen Einfluß auf die Bevölkerung, und die Aufforderung der „Narodni listy“, der schwarzen Internationale nicht mehr Heerfolge zu leisten, dürfte wol an wenigen Orten Zustimmung finden.

In Böhmen läßt sich auch wieder einmal die Stimme des Rufenden in der Wüste vernehmen, die sich schon einigemal, aber stets erfolglos erhoben hat, wenn in den tschechischen Bezirken die regelmäßig sich wiederholenden Reichsrathswahlen bevorstehen. Es ist die demokratische tschechische „Svoboda“, die abermals auffordert, den passiven Widerstand, dessen vollständiger Bankrott bereits offenbar sei, ganz fallen zu lassen und die Reichsrathswahlen nicht als bloße demonstrative Komödie zu betreiben, sondern die Reichsvertretung wirklich mit Vertretern des tschechischen Volkes zu besetzen. Daß das demokratische tschechische Blatt so schreibt, bemerkt hiezu die „Pr.“, ist wol recht ehrlich und aufrichtig, denn es spricht hienit nur die innere Meinung und Ueberzeugung eines großen Theils des tschechischen Volkes aus, aber einen praktischen Werth messen wir solchen vereinzelt journalistischen Kundgebungen vorderhand doch nicht bei. Der gewalthätige Zwang und die unehrliche Bevormundung, welche die bisherigen tschechischen Führer ausüben, wird ja über kurz oder lang von selbst zu schanden werden und dann wird sich auch gewiß aus der Mitte des tschechischen Volkes selbst heraus die bessere Erkenntnis und das Verlangen nach einer gesunden und ehrlichen Politik Bahn brechen. Dieser natürliche Prozeß muß eben abgewartet werden.

Nachdem die Führer der Oppositionsparteien im ungarischen Abgeordnetenhaus gesprochen hatten, ergriff Minister Tisza zu einer geistreichen und gewandten Polemik gegen die Auslassungen jener das Wort. Er wußte jedem derselben etwas Gewichtiges zu erwidern, ohne auch nur um Zollbreite aus der Reserve zu treten, welche die Regierung bisher bezüglich ihres Programmes einhielt. Wol kündigte er die Entwicklung eines vollständigen Programmes anlässlich der Vorlage der in Aussicht gestellten Gesetzentwürfe schon für nahe Zeit an, — beschränkte sich aber in allem Uebrigen so vollständig auf eine knappe Abwehr der von den Oppositionsführern ausgehenden Angriffe, daß er selbst die Aeußerung Moricz', in welcher man doch vielseitig planmäßige Indiscretionen entdecken wollte, auch nicht mit einem Worte berührte. Mit anerkennenswerther

Offenheit sprach sich Tisza über den Ausgleich aus; er hatte den Stachel aus dem demonstrativen Eintreten Sennyey's für den Ausgleich herausgeführt und entschieden erklärt, daß er den Pact vom 2ten Februar dahin deute, daß die staatsrechtliche Frage bis zur Zeit, da Ungarn gerettet sein werde, fallen gelassen wurde und daß er hieran unverbrüchlich festhalten werde. Er hege keinen Hintergedanken und Maulwurfsarbeit sei ihm verhaßt. Auch über das wirtschaftliche Verhältniß zu Oesterreich äußerte er sich umfänglich und maßvoll. Es gebe gemeinsame Interessen und diese werde die Regierung gemeinsam selbst gegen überspannte Forderungen eigener Bürger des Landes verteidigen — eine Aeußerung, die den Schluß gestattet, daß die beiden Regierungen einander nicht so ferne stehen, als bisher allgemein angenommen wird. Das selbständige Zollgebiet verwirft Tisza, da es nur eine bedenkliche Belastung der Bevölkerung zugunsten weniger herbeiführen würde. Die Möglichkeit der Kündigung des Vertrags schließt Tisza zwar nicht aus, er fügte aber sofort hinzu, daß selbst in diesem Falle die einjährige Frist, die sich hiedurch ergeben würde, zur Erneuerung des Bündnisses zu verwenden wäre. Die Rede Tisza's wurde mit großem Beifall aufgenommen. Heute soll die Debatte, eventuell in zwei Sitzungen zu Ende geführt werden.

Ausland. Bekanntlich herrscht im Fürstenthum Serbien eine große Aufregung über die Concentration bedeutender türkischer Streitkräfte bei Nisch und an andern Grenzpunkten. Auch wurde schon mehrfach erwähnt, daß man sich von Belgrad aus über die türkischen Rüstungen bei den Mächten beschwert hätte. Wie nun die „H. N.“ melden, hätten die Mächte diese Beschwerden dahin beantwortet, sie seien überzeugt, daß die türkischen Truppenconcentrierungen nur einen rein defensiven Charakter hätten, und sie hofften, Serbien werde es möglich machen, daß dieser Charakter beibehalten werden könne. — Der Natur der Sache nach konnte die Antwort, wenn überhaupt eine solche erfolgt ist, kaum anders lauten. Die Reserve der Mächte prägt sich am allermeisten in der peinlichen Zurückhaltung der deutschen Diplomatie aus.

Vom Schauplatz der Aufstände in der Türkei liegen nur spärliche Nachrichten vor. Ein aus Konstantinopel datiertes Telegramm meldet von neuen Erfolgen, welche die ottomanischen Truppen bei Presko und Brana errungen haben. Andererseits wird aus Belgrad berichtet, daß die meisten dort weilenden Correspondenten fremder Journale sich zur Heimreise bereit machen, da der Aufstand im Absterben begriffen ist und es daher nichts zu

berichten gibt. Thatsächlich verdient die große slavische Insurrection bereits heute nur noch den Namen eines Brigantaggio, dessen höchstes Ziel in der Erbeutung von Hammeln liegt. — Die Auffassung, daß die Mission der Consuln als gescheitert zu betrachten ist, wird immer allgemeiner. Wie dem „Neuen Wiener Tageblatt“ berichtet wird, beabsichtigen die Mächte noch einen zweiten Schritt der Vermöhnung bei den Führern des Aufstandes zu versuchen. Dieselben sollen zu einer Plenarversammlung einberufen werden, wobei man hoffe, eine günstige Stimmung erzielen zu können. Ergibt auch dieser Schritt kein Resultat, so werde man der Pforte völlig freie Hand lassen, den Aufstand mit Waffengewalt zu unterdrücken.

Dem deutschen Reichstage wird eine Vorlage über die Revision des Strafgesetzbuches zugehen, die einerseits durch die hervorgetretenen Mängel des Strafrechts, sodann durch die Affaire Duchesne veranlaßt wurde. Wie man der „National-Zeitung“ meldet, soll indessen ein förmliches internationales Strafrecht hiebei ins Auge gefaßt sein, „da die Dinge weitere Dimensionen angenommen haben, als es der Fall Duchesne erscheinen möchte.“ Der Rede Sinn ist vorläufig dunkel.

Der bayerische Landtag wird voraussichtlich ohne Thronrede eröffnet werden; bei den prelären Parteiverhältnissen wäre es für die Regierung in der That schwer, sich in eine Erörterung der Lage einzulassen. Nichtsdestoweniger beabsichtigen die Ultramontanen, eine Adresse an den König zu richten, die schon in einer der ersten Sitzungen beraten werden soll, damit sie noch vor Beginn der Reichsrathssession zu Stande kommt.

Wie der „Univers“ mittheilt, hat der Cardinal-Erzbischof von Paris bereits die Zustimmung und die Mithilfe von 25 Erzbischöfen und Bischöfen zur Gründung der katholischen Universität erhalten. Ein Gesamtschreiben des Episcopats wird dieser Tage erscheinen. Die Statuten der Universität sind bereits dem Papst unterbreitet.

Aus Rom hört man, daß der Papst die Absicht habe, das Concil wieder einzuberufen. Er rechnet darauf, nächstes Jahr diese Freude zu erleben, und hat mit Rücksicht darauf sich geneigt, jene Capelle der Peterskirche, die als Concilsaal hergerichtet und verschlossen ist, in ihren früheren Stand setzen zu lassen. Pius IX. ist im Stande, den Entschluß auszuführen, und wir dürfen, wenn er nächstes Jahr noch lebt, eine Fortsetzung des vaticanischen Concils gewärtigen.

Universität inne, die in unaufhörlichem Kampfe mit der Stifterschule lag. Mit dem Jahre 1600 hatte die Stifterschule ihr Ende erreicht, selbst Kepler richtete an die Stände sein Entlassungsgesuch, da die landesfürstlichen Religionscommissäre ihn, der sich nicht zur päpstlichen Religion bekennen wollte, gänzlich ausgewiesen hatten — und von nun an war Graz nicht mehr der passende Ort für dieses helleuchtende Gestirn. Redner stellt nun dieser hochbedeutenden Stifterschule die Universität der Jesuiten gegenüber. Die Worte, mit denen er dies thut, sind so bedeutsam, daß ich sie wörtlich anführen will: „Wenn wir nun heute unbefangen die ihr (der Universität) gestellte Aufgabe und den Erfolg vergleichen, erschließt uns die Geschichte nur eine gresse Disharmonie. Das ausschließliche Privilegium der Jesuiten auf die Hochschule hat den Verlauf des wissenschaftlichen Lebens in Graz für später entschieden. Niemals war jene Universität ein Perceptionsorgan für die Flügelschläge deutschen Geistes. Es ist oft hervorgehoben worden, daß es unter den Jesuiten sehr gelehrte und productive Köpfe gab, und wer sollte sich dieser Thatsache verschließen. Wo aber solche Leistungen zutage treten, da tragen sie entweder die flüchtige Signatur des Ordens an sich oder sie erscheinen wie gelöst vom Chore, in ihrer Tragweite

für den allgemeinen Fortschritt der Geistesfreiheit nicht erfaßt und darum der erstickenden Wirkung der Obedienz entstammend. Für die grazer Universität läßt sich aber auch mit dieser Einschränkung kein Name und keine Leistung nachweisen, die einen dauernden Plaz in der Geschichte der Wissenschaften gefunden hätten.“ 1593 ging die grazer Universität eine Verbrüderung ein mit Ingolstadt, zwar wissenschaftlich unfruchtbar, doch nicht ohne historisches Interesse, da in der Chronik der ingolstädter Kämpfe der Leumund der grazer Universität aufbewahrt blieb. Die Sterilität der Jesuiten-Universität blieb andauernd bis in unser Jahrhundert. Erst mit der Aufhebung dieser und der Gründung des Johanneums treten bessere Zeiten ein. Da finden wir wieder Namen, wie den berühmten Mineralogen Fr. Mohs, den Chemiker A. Schrötter, den Entdecker des amorphen Phosphors etc., und vor allem Franz Unger, dessen epochemachende Studien über vorweltliche Pflanzen ihm allein die Unsterblichkeit sichern. Redner schließt mit den Worten: „Mögen Sie frohe Tage erleben in unserem grünen Alpenlande, wo wie immer, noch heute das deutsche Lied ertönt, wo ihnen deutsche Herzen warm entgegenlagen, und die alte Treue lebt, und durch alle Stürme nur erstarkt die ernste Achtung aller Wissenschaft, ein offenes Herz für

alles Schöne, der edle Trieb nach lebensfrohem Schaffen, die deutsche Art und Sitte.“ — Die gediegene Rede Rossets ward von nicht endenwollendem Beifall begrüßt. Hierauf erfolgte die Begrüßung der Versammlung vonjeite des Statthalters Baron Kubeck im Namen der kaiserlichen Regierung; sodann die durch den Bürgermeister der Stadt, Dr. Kienzl. In freier Rede hielt er eine innige Ansprache, die wol noch lange nachklingen wird in dem Herzen jedes Zuhörers. Redner knüpfte an die Versammlung von 1843 an und hob hervor, daß es nicht mehr jenes „Gräß“ sei, welches die Gäste herzlich bewillkommene, sondern das emporstrebende, sich selbstbewußte deutsche Graz. Und wenn sich auch vieles in und um Graz anders gestaltet hat, so finden die Gäste dennoch das alte, treue Festhalten an deutscher Sitte und Gesinnung und warme Begrüßung für den Ruhm deutscher Wissenschaft, und noch ist es die alte ungetrübte Herzlichkeit, mit der er im Namen der Grazer den geehrten Gästen ein herzliches „Willkommen“ zurufe.“ Lauter Beifall folgte der Rede. Hierauf erfolgte die Begrüßung durch den Landeshauptmann Dr. M. v. Kaiserfeld im Namen des Landes, worauf der Geschäftsführer die Statuten verlas, die Festschriften zur Bertheilung gelangten und die Constatulierung der Sectionen stattfand. (Fortf. folgt.)

Zur Tagesgeschichte.

— Befinden der Kaiserin. Laut Nachricht aus Saffetot vom 17. September 5 $\frac{1}{2}$ Uhr abends zeigte sich im Laufe des Tages bei Ihrer Majestät der Kaiserin mehr Eingenommenheit des Kopfes und Wärme als vorher; dagegen erschien der Puls weniger verlangsam als vor einigen Tagen. Durch die mehrstündige ruhige Lage im Garten trat wieder das Gefühl von Erleichterung, sowie eine regere Theilnahme ein. Die Verschlimmerung war nicht wesentlich, doch zeigte die Wiederkehr der Kopferschmerzen und der noch verlangsamte Puls, daß noch immer Grund zur Besorgnis eintreten könnte. Erfreulich sind dagegen die Nachrichten vom 18. September, morgens 11 Uhr: Die gestern nachmittags eingetretene Besserung steigerte sich abends zum Gefühl einer wesentlichen Erleichterung. Die Nacht brachte Ihre Majestät in ruhigem Schläfe zu. Nach dem Erwachen war das subjective Befinden gut, der Kopf mäßig warm, jedoch frei, der Puls weniger gedrückt. Die tagsvorher eingetretene Steigerung der Kopferschmerzen schien vorüber zu sein. Ihre Majestät sollte abermals mehrere Stunden im Garten zubringen. Samstag verweilte die Kaiserin von 11 Uhr vormittags an im Garten. Das Gefühl wesentlicher Erleichterung ist anhaltend, die Wärme am Kopf geringer, der Puls freier, die Gemüthsstimmung ganz zufriedenstellend.

Vocal- und Provinzial-Angelegenheiten.

Rechenschaftsbericht des Abg. Dr. Schaffer.

(Schluß.)

Der letzte Abschnitt im Vortrage des Abg. Dr. Schaffer war den Ansichten und Arbeiten der nächsten Zukunft gewidmet. Der Redner begann mit den confessionellen Angelegenheiten.

Um mit einem Gebiete zu beginnen, wo es mehr anzubauen, als grundzulegen gilt, mit dem confessionellen, so concentrirt sich das Bedürfnis auf drei Richtungen: Ordnung der Patronatsverhältnisse, Reform der Ehegesetzgebung im Sinne eines rein bürgerlichen und der staatlichen Zurechnung unterworfenen Vertrages und Reformen in der Ausbildung der Geistlichen im allgemeinen und der theologischen Lehranstalten und Seminarien im besondern.

Redner hält letzteres für das wichtigste und schwierigste, aber am besten geeignet, wirkliche und dauerhafte Besserung in die Zustände und ein Ende des Streites zu bringen.

Ein tüchtig gebildeter, dem modernen Wissen und Streben nicht kenntnislos und feindselig gegenüberstehender Priesterstand ist das hauptsächlichste Erfordernis für eine Ordnung auf diesem Gebiete.

Damit muß freilich Hand in Hand gehen materielle Aufbesserung der untern Stellen, damit tüchtige Kräfte gewonnen werden, und geschützte, unabhängige Stellung der Untergebenen, die sich durch den Staat gegen Angriffe der Oben gedeckt wissen müssen.

Auf dem Felde der eigentlichen Codification ist neben dem erwähnten Strafrecht, innerhalb dieses oder des kommenden Jahres auch eine neue Civilprozeßordnung zu erwarten. Abgesehen von vielen kleineren bisher gehörigen Arbeiten sind dies allein zwei Probleme der einschneidendsten Art, deren glückliche Lösung eine außerordentliche Summe von Wissen und Arbeit erheischt.

Bermüde der noch immer andauernden schlechten ökonomischen Lage, dann der positiven, in der nächsten Zeit zur Lösung drängenden Verhältnisse stehen die wirtschaftlichen Angelegenheiten im weitesten Sinne des Wortes wol im Vordergrund der öffentlichen Angelegenheiten.

Die wirtschaftliche Lage im engeren Sinne genommen (Industrie, Handel und Gewerbe) ist zwar noch immer eine höchst misliche, aber doch ist Hoffnung, daß nach beispiellos langer Dauer die Calamität nunmehr zu Ende geht. Furchtbar groß war der Schwindel und dem entsprechend die Härte. Redner will nicht leugnen, daß so manches unterlassen wurde, was da und dort den Verlauf gemildert oder abgemildert hätte, aber im großen und ganzen hält derselbe fest, daß der „Kraich“ im allgemeinen unabwendbar war.

Der Schwindel hatte alle Kreise ergriffen, die Production war in den meisten Zweigen eine ganz unnatürlich

übertriebene, nach den sachgemäßen Vorbedingungen einer Unternehmung wurde nicht mehr gefragt, jede Rücksicht auf die Grenze der möglichen Kapitalbildung außer Acht gelassen — da war es ja ganz unabwendbar, daß sich so vieles als faul und nichtsnutzig herausstellte und freilich in seinem Zusammensturz auch so manches gesunde und mühsam aufgebaute mit sich riss.

Es sollen hier keine langen retrospectiven Betrachtungen über die Krise mehr angestellt werden, aber eines sei gegenüber den so vielfachen Klagen über die angebliche Unthätigkeit der Regierung und auch des Parlamentes constatiert, daß mit einer einzigen Annahme nirgends ein halbwegs annehmbarer positiver Vorschlag gemacht wurde und daß bei uns, wie ja im Auslande, sich alles auf gewiß berechnete Klagen beschränkte, aber leider niemand tatsächliche Mittel zur Abhilfe anzugeben vermochte.

Der einzige positive Vorschlag war die Aufnahme eines großen Eisenbahn-Anlehens und Forcierung des Baues.

Unsere Eisenbahnpolitik im allgemeinen liege also künftig nicht in der Discussion im Parlamente, sondern im Schoße der Regierung, in ihrem Eisenbahnprogramm, in den legislatorischen Vorarbeiten (Bauordnung, Concessionsordnung u. s. w.), in der Vereinigung der Linien zu großen Hauptwegen, da das Prinzip der Concurrenzbahnen längst hinfällig geworden — endlich nach reifern Studien eventueller Uebergang zum Staatseisenbahnbau im großen.

Eine Reihe von Gründen, vor allem die öffentliche Natur und große Bedeutung der Eisenbahnen als Hauptverkehrsmittel im Staate lassen es jedoch schon heute als ziemlich ausgemacht gelten, daß dieses Gebiet der Privatspeculation und Ausbeutung entzogen und unter staatliche Zurechnung gestellt werden soll. Für Krain werde zunächst die unterkraner Bahn anzustreben sein.

Als eine der vitalsten Fragen, die in nächster Zeit gelöst werden müssen, steht die Erneuerung des Ausgleichs mit Ungarn da und die damit im Zusammenhange stehende Lösung der Bankfrage und der Valutaregulierung.

Der Ausgleich mit Ungarn beruht vor allem auf drei Gesetzen: a) Der fixe Beitrag zu den Zinsen der Staatsschuld mit rund 29 Millionen bleibt unverändert; b) Beitragsleistung zu den gemeinsamen Angelegenheiten 70 und 30 Perz. vom 1. Jänner 1868 bis 31. Dezember 1877; c) Zoll- und Handelsbündnis, wodurch Oesterreich und Ungarn ein gemeinsames Zoll- und Handelsgebiet, gemeinsame Verträge mit dem Auslande, Salz, Tabak und Branntwein u. a. wirtschaftlich wichtige Gefälle und Besteuerungen nach gleichen Grundsätzen, Maß und Gewicht Währung gleichartig u. s. w.

Beginn der Wirksamkeit mit der Kundmachung am 9. Jänner 1868 immer für 10 Jahre, wenn keine Kündigung erfolgt. Nach Ablauf von fünf Jahren kann jeder Theil Unterhandlungen verlangen. Haben diese binnen sechs Monaten kein Resultat, dann erfolgt einjährige Kündigung und sofortige Verhandlungen wegen des neuen Vertrages.

Die Erneuerung des ungarischen Ausgleichs steht bekanntlich bereits auf der Tagesordnung und wird allenthalben lebhaft discutiert.

Wenn die Legislative an die Details der Verathungen herantreten wird, so läßt sich heute wol schwer der Verlauf der Sache vorherbestimmen; allerlei Zwischenfälle sind denkbar, — die Ungarn haben die Sache bereits durch die ungerechtfertigte Erhebung von Ansprüchen auf das Verzehrungssteuervergebnis compliciert u. s. w. — Allein ein Grundsatz muß unverrückbar sein, ob und in welcher Form immer ein neuer Ausgleich geschlossen wird: Oesterreich dürfen keine größeren Lasten aufgebürdet werden, als es bisher zu tragen hatte. Oesterreich hat von vornherein mehr übernommen, als ihm gebührt hätte und hat weder die Lust noch die Kraft mehr zu leisten und hat hierbei Recht und Billigkeit auf seiner Seite.

Eine andere wichtige Position ergibt sich gegenüber Ungarn in der Bankfrage. Ungarn trachtet bekanntlich seit Jahren nach einer eigenen Bank und nach völliger Unabhängigkeit seiner Creditverhältnisse.

Redner glaubt, wir sollen keine irgend nennenswerthe Opfer bringen, um Ungarn davon abzuhalten, aber auch hier eine unverrückbare Stellung rechtzeitig einnehmen. Die Ungarn streben darnach, für die Noten beider künftiger

Banken in beiden Reichshälften Zwangscours zu erlangen. Dagegen muß man sich verwahren und sich dem nicht aussetzen, daß die Ungarn ihre Quote und Beiträge in ihren künftigen Banknoten zahlen.

Im Gegentheil, die Valutaregulierung, die ja aus den zwingendsten Gründen längst eine unabwendbare Nothwendigkeit geworden, soll bei diesem Anlasse mit allen Mitteln angestrebt werden; einen Zwangscours haben weder unsere noch die ungarischen Banknoten, die gemeinsamen Beiträge sind effectiv zu entrichten, und dann sollen die Ungarn in Gottes Namen sich einrichten, wie sie wollen.

Schutzzoll — Freihandel!

Mit diesen Worten ist ein letztes, wichtiges Gebiet bezeichnet, auf welchem seit Monaten aus zwei Ursachen:

wegen der Revision des Zolltarifes, und der neuer und 1876 eventuell nothwendigen Kündigung der bestehenden Handelsverträge ein heftiger Streit entstanden ist.

Redner will sich in keine theoretische Erörterung über Schutzzoll und Freihandel einlassen, nicht untersuchen, welche Nachteile und Vortheile dieses oder jenes System in seiner Anwendung hervorgebracht, nicht prüfen, wie viel Ueberreibungen bei der jetzt im Schwange befindlichen schutzzöllnerischen Agitation mitunterlaufen, wie der doch unfehlbare Aufschwung vieler Industrien während der letzten Jahre unterschätzt und die jetzige Nothlage, die zum mindesten weit mehr wiegende Ursachen hat, nur den Handelsverträgen zugeschrieben wird.

Redner will nur kurz entwickeln, was in dieser Richtung nach seiner Meinung geschehen soll.

Vor allem muß man gegen die rücksichtslose Unterwerfung unter das Schlagwort „Schutzzoll“, wie sie jetzt gepredigt wird, Verwahrung einlegen. Wir sind, wie schon so oft, in Gefahr, daß die öffentliche Meinung präoccupirt und zur einseitigen und unüberlegten Lösung einer wichtigen Frage ungebührlich beeinflusst wird.

Nicht Principienreiterei darf getrieben werden, sondern ruhige Berechnung in Berücksichtigung aller Factoren ist allein am Platze.

Es mag sein, daß wir uns bei Abschluß der Handelsverträge zu weit vorgewagt, besonders wegen „begünstigte Nationen“, aber ebensovienig dürfen wir jetzt auf der andern Seite übertreiben.

Also Kündigung der Verträge und bei Abschluß der neuen Verträge und Aufstellung des neuen Zolltarifs angemessener Schutz für die heimische Industrie, aber keine unnatürliche Prohibition.

Es liegt ja in der Natur der Sache, daß jede principielle Voreingenommenheit von Uebel wäre. Anders ist unsere Stellung zu England, Frankreich, Deutschland, anders zu Italien, Türkei, Rumänien, Rußland etc.

Viele unserer Industrien brauchen Schutz, andere haben keine Concurrenz zu scheuen.

Also wir brauchen keine unnützen Freihändler noch Schutzzöllner zu werden, sondern wir thun im einzelnen Falle, was zweckmäßig und nützlich und erreichbar ist.

Bei solch ruhiger, mit realen Factoren rechnender Haltung werden wir am besten durchkommen, die Interessen der Producenten und Consumenten nach Möglichkeit gleichmäßig wahren und zur Gesundung von unsern ökonomischen Uebeln und einem dauerhaften, materiellen Aufschwung das meiste und beste beitragen.

Abg. Dr. Schaffer endete seinen ausführlichen Bericht unter großem Beifalle und allseitiger, lebhafter Zustimmung der Versammlung.

Handelskammerrath Treun interpellirte den Abgeordneten bezüglich seiner Anschauung über eine Aufhebung oder Reform der Verzehrungssteuer.

Abg. Dr. Schaffer spricht sich hierüber dahin aus, daß er einer Aufhebung dormalen nicht bestimmen könnte, da einerseits nicht abzusehen ist, wie ein so großer Ausfall in den Staatseinnahmen gedeckt werden könnte, andererseits erfahrungsgemäß eine solche Aufhebung der Bevölkerung nur langsam, und nicht in dem erwarteten Maße zugute kommt.

Dagegen ist eine angemessene Reform der Verzehrungssteuer in bezug auf die Gegenstände und Tarife und ein angemessenes Verhältnis zwischen geschlossenen und nicht geschlossenen Orten ehestens anzustreben.

